

Anfrage

Im Sinne des neuen Gesetzes über die Berufsbildung, das im Januar 2004 in Kraft getreten ist, wurden Massnahmen getroffen, um den Jugendlichen mit schulischen, sozialen oder sprachlichen Schwierigkeiten unter die Arme zu greifen. Die Plattform Jugendliche (PFJ) bietet ihnen die Möglichkeit, an einem Motivationssemester (MOSE) teilzunehmen, das ihnen einen Einstieg in die Berufsbildung mit sozialpädagogischer Betreuung bietet.

Gerade die MoSe stellen ein wichtiges und bewährtes Instrument der Jugendpolitik im Kanton dar, das über das seco finanziert wird und folglich die Kantonsfinanzen nicht belastet. In unserem Kanton gibt es vier Einrichtungen, die Jugendliche im Rahmen eines MoSe betreuen: Intervalle, Décllic, DeStarts und das Centre de préformation in Grolley. Am Ende eines MoSe, während dem die Teilnehmer zahlreiche Praktika in Unternehmen absolvieren, haben über 80% der Jugendlichen einen Ausbildungsplatz gefunden. Jedes Motivationssemester hat seine besonderen Stärken entweder in der Aufarbeitung schulischer Schwächen, in der Verbesserung von Verhaltensproblemen oder auf sozialpädagogischer Ebene. Das Amt für den Arbeitsmarkt (SPE) verlangt von den Anbietern eine Zertifizierung nach EduQua-Norm, damit sie einen Leistungsauftrag erhalten.

Ich habe kürzlich erfahren, dass das SPE einem privaten Vermittlungs- und Coachingunternehmen, der PMH GmbH einen Auftrag gegeben hat, um Jugendliche nach bloss vier Kurstagen an Unternehmen zu vermitteln, dies im Rahmen des Projekts Speranza. Folge davon ist, dass bis heute bei den MoSe nur 94 Anmeldungen auf 169 verfügbare Plätze erfolgt sind. Die bei der Plattform angemeldeten Jugendlichen sind nun gezwungen, vier Kurstage bei der Firma PMH zu absolvieren, die erst im Oktober beginnen werden. Folglich müssen zahlreiche Jugendlichen mehrere Wochen tatenlos warten, bis sie in den Genuss einer geeigneten Betreuung gelangen, während die seit Ende August vollständig betriebsbereiten MOSE stark unterbesetzt sind.

Hat das SPE das Einverständnis des Staatsrat erhalten, um Subventionen in Form von Honoraren an eine gewinnorientierte Kapitalgesellschaft zu vergeben, die keine Skrupel hat, sich an Jugendlichen zu bereichern, die die obligatorische Schulzeit abgeschlossen haben?

Diese Situation besorgt mich und zwingt mich, dem Staatsrat folgende Fragen zu stellen:

- 1) Ist das Konzept der « Brücken zur Berufslehre » noch gültig? Wenn ja, wie kommt es, dass das SPE einen Auftrag erteilt, der dieses Programm umgeht?
- 2) Wer vom Lenkungsausschuss der Plattform Jugendliche hat die viertägigen Kurse besucht, die von PMH angeboten werden, und wer hat die Qualitätskontrolle des Leistungsangebots vorgenommen?
- 3) Ist die Leistung mit dem EduQua-zertifizierten Angebot kompatibel, das die bestehenden kantonalen Einrichtungen anbieten?
- 4) Wurde der pädagogische Wert des Coachings, das sich an Jugendliche richtet, überprüft?

- 5) Wie kann die von den Motivationssemestern seit Jahren geleistete Arbeit diskreditiert werden, indem man vorgibt, dass innert vier Tagen eine Aufgabe erfüllt werden kann, für die mehrere Monate nötig sind?
- 6) Werden die von der Firma PMH erteilten Kurse als AMM (arbeitsmarktliche Massnahme) eingestuft? Wenn ja, wie ist die Stellung der Jugendlichen, die an dieser Massnahme teilnehmen? Sind sie arbeitslos gemeldet, aus welchem Grund, seit wann und im Genuss welcher Entschädigungen?

27. September 2006

Antwort des Staatsrats

Das Konzept der « Brücken zur Berufsbildung » ist noch immer gültig. Die Plattform Jugendliche, die zu diesem Konzept gehört, wurde geschaffen, um die Koordination und die Zusammenarbeit der Akteure zu optimieren, die sich mit Jugendlichen ohne Stelle oder mit abgebrochener Lehre befassen. Sie ist eine der Strukturen der interinstitutionellen Zusammenarbeit des Kantons und baut auf verschiedenen Partnerschaften auf, insbesondere zwischen dem Amt für den Arbeitsmarkt (SPE) dem Amt für Berufsbildung und seinen Schulen, dem Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung, dem Jugendamt und dem Amt für obligatorischen Unterricht.

Da sich diese Struktur bewährt hat, beschloss der Staatsrat, ihr einen dauerhaften institutionellen Rahmen zu geben und sie in eine kantonale Kommission für die Eingliederung von Jugendlichen umzuwandeln. Er wird an einer seiner kommenden Sitzungen den definitiven Auftrag und die Zusammensetzung dieser Kommission festlegen.

Im Mai 2006 lancierte Nationalrat Otto Ineichen ein Projekt unter dem Namen "Speranza 2000", das vom Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) und vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie unterstützt wird. Das Amt für den Arbeitsmarkt hat sich diesem Projekt angeschlossen und wählte für die Umsetzung eines Pilotprojekts die Firma pmh, die von der nationalen Organisation des Projekts « Speranza 2000 » empfohlen wurde. Deshalb hat das SPE der Firma pmh einen Auftrag im Einvernehmen mit dem Lenkungsausschuss der Plattform Jugendliche erteilt. Bezweckt wurde damit, dass eine grösstmögliche Zahl von Jugendlichen, die noch keine Lehrstelle gefunden haben, noch im Herbst 2006 eine Berufsausbildung finden, indem ihnen ein viertägiger Kurs erteilt wird. Diese Massnahme sollte keinesfalls die bestehenden Brücken zur Berufslehre übergehen, sondern ein Zusatzangebot darstellen. Ein Qualitätsplan wurde aufgestellt und von allen Beteiligten genehmigt.

Das Pilotprojekt, das ursprünglich für Juli 2006 vorgesehen war, konnte erst Mitte September 2006 gestartet werden. Das SPE wollte nämlich zuerst alle Kursunterlagen erhalten, um sich des pädagogischen Werts der Massnahme zu versichern. Am Kurs nahmen schliesslich 36 von den 261 Jugendlichen teil, die noch keine Berufsbildung gefunden und noch kein Motivationssemester angetreten hatten. Die Kurse, die auf Deutsch und Französisch stattfanden, wurden von spezialisierten Mitarbeitenden des SPE geprüft und einer Qualitätskontrolle unterzogen, die auch bei den anderen von der Arbeitslosenversicherung finanzierten arbeitsmarktlichen Massnahmen durchgeführt werden. Ein Kontrollbericht über die Kurse wurde der Firma pmh am 30. November 2006 zugestellt. Das betreffende Pilotprojekt wird aber nicht weitergeführt werden.

Von allen Institutionen, die über längere Zeit im Bereich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit tätig sein möchten, wird eine eduQua-Zertifizierung verlangt. Sie kann aber nicht von Anfang an vom Partner eines Pilotprojekts verlangt werden. So hat ein seit zehn Jahren im Kanton tätiges Motivationssemester erst im 2006 eine eduQua-Zertifizierung erhalten.

Mit dem Pilotprojekt wurde die von den Motivationssemestern geleistete Arbeit weder diskreditiert noch abgewertet. Es gibt nämlich unterschiedliche Unterstützungsmöglichkeiten für Jugendliche, die mit der Berufseingliederung Mühe haben. Die Motivationssemester bieten eine ganzheitliche Betreuung über eine Dauer von gewöhnlich einem Schuljahr an. Die von den Motivationssemestern geleistete Arbeit ist unerlässlich und wird keinesfalls in Frage gestellt. Die Massnahme pmh war besonders an Jugendliche gerichtet, die bereits eine Berufswahl getroffen hatten und keine besonderen Schwierigkeiten hatten, ausser dass sie keine Lehrstelle oder Vorlehre gefunden hatten. Mit der Massnahme wurde versucht, ihnen nochmals eine Chance zu geben, einen derartigen Ausbildungsplatz vor dem 31. Oktober 2006 zu finden.

Die von der Firma pmh im Rahmen des Pilotprojekts erteilten Kurse galten als arbeitsmarktliche Massnahme. Die Jugendlichen, die diese Kurse besuchten, mussten sich arbeitslos melden und hatten so die gleiche Stellung wie die Teilnehmer an einem Motivationssemester. Ihnen wurde keine Entschädigung ausgezahlt.

Freiburg, den 19. Dezember 2006